

## **Autoritärer Staatskapitalismus in China, Indien und Russland**

Die großen Volkswirtschaften des Westens sind gekennzeichnet durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik und werden stark von den Bewegungen des Finanzkapitals bestimmt. Diese Abhängigkeit von den internationalen Finanzmarktakteuren hatte 2008/2009 in diesen Ländern auch die Realwirtschaft mit in die Krise gerissen. Die Volkswirtschaften Chinas und Indiens haben dagegen die Weltwirtschaftskrise besser überstanden als viele andere kapitalistische Ökonomien. In diesen beiden Ländern sind zwar Produktion und Handel kapitalistisch organisiert, aber die Entwicklung der Volkswirtschaft wird von der Staatsführung und den großen Unternehmen gemeinsam gesteuert und gegen unerwünschte ausländische Einwirkungen geschützt. Mit der Gesellschaftsstruktur von China und Indien beschäftigt sich Tobias ten Brink in seinem Aufsatz

### **Blinde Flecken – Zur makrosoziologischen Analyse nicht-liberaler Kapitalismen im globalen Süden**

Tobias ten Brink ist Professor für „Chinese Society and Business“ an der Jacobs Universität Bremen.

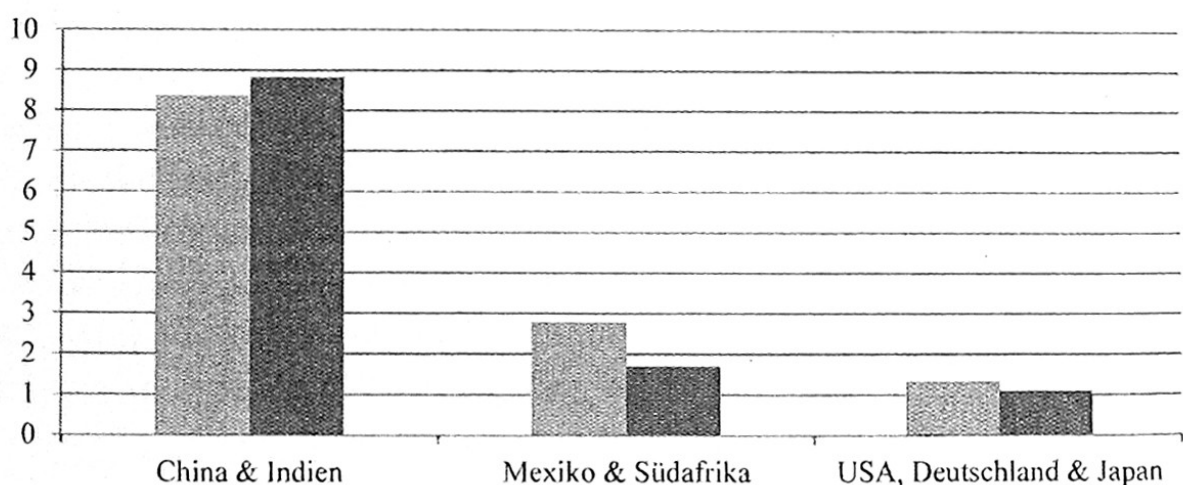
In China und Indien, schreibt ten Brink, „haben sich ... seit den 1990er Jahren makroökonomischen Indikatoren zufolge erfolgreiche, weitaus weniger liberalisierte und in deutlich geringerem Ausmaß durch Finanzmarktakteure dominierte kapitalistische Wachstumsmodelle mit produktionszentrierter Wachstumsdynamik herausgebildet“ (S. 45). Diese Art von Volkswirtschaft wird von manchen Experten bereits als Vorbild für andere Länder des globalen Südens bewertet. Als globaler Süden werden meist alle Länder außerhalb der großen Volkswirtschaften des Westens und ihrem Anhang, also den ähnlich organisierten Ländern bezeichnet.

China und Indien werden einerseits durch die Triebkräfte der kapitalistischen Akkumulation geprägt, andererseits gibt es dort keine umfassende Liberalisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft. Statt dessen dominieren „autoritäre Staat/Unternehmensnetzwerke“ (S. 45), und staatliche Akteure nehmen eine sehr starke Rolle in der industriellen Wertschöpfung ein. Diese Volkswirtschaften „profitieren ... von einer spezifischen Verbindung aus (staatlich geschütztem) Binnenmarkt und (selektiver) internationaler Integration“ (S. 46).

Tobias ten Brink stellt in seinem Beitrag ausführlich die drei Faktoren dar, die zur Erklärung der besonderen Dynamik der Volkswirtschaften Chinas und Indiens herangezogen werden. Zum ersten bestimmen autoritär geführte Netzwerke aus Staat und Unternehmen die Volkswirtschaft. Man darf sich z. B. den chinesischen Staatskapitalismus nicht als eine Kommandowirtschaft vorstellen, bei dem „sämtliche Fäden im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zusammenlaufen“, ... „sondern staatliche Steuerungskapazitäten basieren auf einer engen Kooperation zwischen verschiedenen Allianzen aus staatlichen Institutionen (auf unterschiedlichen administrativen Ebenen) und nationalen Unternehmen“ (S. 47).

„In lokalen Wachstumsallianzen zwischen politischen Funktionsträgern und inländischen Unternehmen, in Form von auf Informalität beruhenden Netzwerken, haben sich engmaschige Machtgeflechte herausgebildet. Obgleich letztere aufgrund der Heterogenität beider Länder fragmentiert sind, funktionieren diese Bündnisse – die keinerlei Partizipationsrechte der arbeitenden Bevölkerung vorsehen – im Sinne einer maß- und endlosen Kapitalakkumulation“ (S. 47). Die Fokussierung auf industrielle Wertschöpfungsprozessen hat in China und Indien zu erstaunlich hohen Wachstumsraten geführt. (siehe Grafik S. 48)

Abb. 1: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten von BIP und industrieller Wertschöpfung in %, 2000-2014



Quelle: Weltbank

Die Führung der wichtigsten Unternehmen wird ausschließlich durch inländische Akteure bestimmt, ausländische Finanzinvestoren spielen keine Rolle. In China sorgt die Herrschaft der KP dafür. Auch in Indien gibt es keinen liberalen Kapitalismus im Sinne eines ungehinderten Zugangs ausländischen Kapitals, das größeren Einfluss auf Produktion und Handel nehmen könnte: „die klassischen familiengeführten »business houses« dominieren weiterhin die indische Wirtschaft“ (S. 49).

Die Unternehmensfinanzierung in Indien und China „speist sich vorwiegend aus internen Rücklagen und Krediten großer staatlicher Banken. Diese Finanzierungsformen sind vergleichsweise unabhängig von der Volatilität globaler Finanzmärkte, spekulativen Kapitalflüssen, und den Profiterwartungen transnationaler Investoren geblieben. Sie ermöglichen daher die Verfolgung langfristiger industrieller Wachstumsstrategien etwa über Vorzugskonditionen wie niedrige Zinssätze. Restriktionen von Kapitalflüssen bzw. regulatorische Begrenzungen (wie Kapitalkontrollen oder Handelsbeschränkungen für bestimmte Finanzprodukte) konnten bislang dafür sorgen, dass nationales Kapital die dominante Finanzquelle blieb“ (S. 50).

Als zweiter Faktor spielt der riesige Binnenmarkt in Indien und China eine dominierende Rolle in der Volkswirtschaft. „Der Anteil der Exporte am industriellen Output hat seit den 2000ern zu keinem Zeitpunkt die 25 Prozent-Marke überschritten, auch nicht beim ... Exportweltmeister China. Der überwiegende Teil des Wachstums wird auf den Binnenmärkten realisiert“ (S. 51).

„Das Gewicht der Binnenmärkte ist somit ein charakteristisches Merkmal, welches China und Indien sowohl von stärker exportabhängigen Wirtschaften Lateinamerikas oder Osteuropas als auch von exportorientierten Entwicklungsstaaten in Ostasien unterscheidet. Die Dynamik der Binnenmärkte hat im Verbund mit einer nur geringen Integration in die globalen Finanzmärkte Auswirkungen der globalen Finanzkrise de facto erheblich begrenzt“ (S. 51). An die spezifischen Eigenschaften dieser Binnenmärkte passen sich die dominierenden Unternehmen an, „indem sie auf vorwiegend arbeitsintensive Produkte des mittleren Technologieniveaus setzen“ (S. 52). Für diese gibt es sowohl eine große Nachfrage auf den Binnenmärkten als auch Exportchancen auf dem Weltmarkt.

China und Indien haben nicht nur ein Kapitalismusmodell entwickelt, das eine konsistente Volkswirtschaft aufweist, sondern auch eine vergleichsweise stabile Gesellschaftsstruktur. Dieses ist die dritte Besonderheit dieses staatskapitalistischen Entwicklungsweges. Die Netzwerke aus Staat und Unternehmen sorgen für Sicherheit und zunehmenden Wohlstand. Dadurch haben sie den sozialen Aufstieg von Millionen Menschen aus der Armut ermöglicht, allerdings um den Preis zunehmender sozialer Ungleichheit und umfassender Umweltzerstörung. In China hat sich als offizielle Grundlage für einen nationalen Konsens eine synkretistische Ideologie herausgebildet, die das hierarchische Harmoniedenken des Konfuzianismus mit einem aus den Erfahrungen der Geschichte gespeisten Nationalismus verbindet. Zur „wissenschaftlichen“ Planung durch den Staat gesellt sich die Schöpferkraft des Einzelunternehmers, und das dient als Grundlage für den Glauben an den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt in China.

Die drei Besonderheiten des nicht-liberalen Kapitalismus sind demnach:

1. autoritär geführte Netzwerke aus Staat und Unternehmen,
2. die besondere Beziehung zwischen geschütztem Binnenmarkt und der Integration in die Weltwirtschaft,
3. die besonderen Formen von Systemintegration (Integration verschiedener Teilbereiche in das Gesamtsystem der Gesellschaft) und Sozialintegration (Integration der handelnden Akteure in die Gesellschaft).

Der Aufstieg Chinas und Indiens beeinflusst die Entwicklung des Kapitalismus im globalen Norden. Zum einen entstehen an der einstigen Peripherie neue kapitalistische Zentren, was sich auch auf die globalen Machtverhältnisse auswirkt. Zum anderen widerspricht dieser Aufstieg „einseitigen Modernisierungs- und Globalisierungstheorien“ (S. 57), nach denen eine nachholende industrielle

Entwicklung zwangsläufig zu einem liberalen Kapitalismus führen muss. Diese Perspektive nehmen oft westliche Kommentatoren ein. Dagegen gibt es für Tobias ten Brink durchaus „Argumente für die mittelfristige Aufrechterhaltung nicht-liberaler kapitalistischer Dynamiken“ (S. 57).

Im Laufe des 20. Jahrhundert hätten die Steuerungsmöglichkeiten des Staates in Bezug auf die Wirtschaft zugenommen, u. a. durch Zuwachs an ökonomischem Wissen und administrativen Kapazitäten. Dies ermögliche neue Formen der Staatsintervention, auch ganz andere und weitergehende Eingriffe als in den westlichen Volkswirtschaften. Die wichtige Rolle der Binnenmärkte und der informellen Netzwerke von staatlichen Behörden und Unternehmen wurde bereits dargestellt. Auch diese Faktoren ermöglichen einen längeren Bestand von nicht-liberalen Ökonomien.

Andererseits können informelle Netzwerke auch Korruption und Klientelismus hervorbringen und dadurch Innovation und Wachstum hemmen – darauf geht ten Brink nur am Rand ein. Er sieht aber darin eine Herausforderung der Machteliten, wenn sich in der Bevölkerung der Wunsch nach politischer Teilhabe regt, z. B. wenn chinesische Bürger sich darüber beschweren, dass lokale oder regionale Behörden die zentralstaatlichen Vorschriften und Gesetze nicht einhalten. Eine Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung durch Korruption oder Klientelismus ist in China auch deshalb nicht zu erwarten, weil sich die chinesische Wirtschaft dynamisch entwickelt, auch aufgrund der hohen Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Damit verbindet sich für breite Schichten auch die Perspektive eines sozialen Aufstiegs durch Qualifikation und Leistung.

Der Aufstieg großer Schwellenländer zu neuen Zentren der Weltwirtschaft wird sich in Zukunft noch stärker auf den Rest der Welt auswirken. Mit dem chinesischen Staatskapitalismus und vergleichbar organisierten Ökonomien hat sich eine Alternative zum liberalen Kapitalismus global etabliert. Dies kann „ein Aufbrechen der liberalen Hegemonie befördern, einen Weg in unbekanntes Fahrwasser und in einen stärkeren Mächtepluralismus“ (S. 60). Zum Schluss macht ten Brink deutlich, dass der moderne Staatskapitalismus wegen negativer „Systemelemente wie massive soziale Ungleichheit, Machtkonzentration und autoritären Klientelismus ... keineswegs eine notwendigerweise begrüßenswerte Alternative zum liberalen Finanzmarktkapitalismus der Gegenwart darstellt“ (S. 60).

### **Indien: hinduistische Tradition und staatliche Bürokratie**

Warum Tobias ten Brink Indien für vom autoritären Staatskapitalismus geprägt hält, kann man besser verstehen, wenn man sich mit zwei wichtigen Themen beschäftigt: mit der hinduistischen Tradition und der staatlichen Bürokratie.

Da ca. 80% der Inder Hindus sind, wird ihr Sozialverhalten von den hinduistischen Traditionen beeinflusst. Dabei sind das Kastensystem und der Glaube an die Wiedergeburt anscheinend besonders wichtig.

Es gibt eine Hierarchie von vier Hauptkasten:

- Brahmanen (Priester und Gelehrte),
- Kshatriyas (Krieger und Beamte),
- Vaishyas (Händler und Landbesitzer),
- Shudras (Pachtbauern, Arbeiter, Handwerker).

Außerhalb des Kastensystems stehen die Dalits und die Adivasi (Ureinwohner) und natürlich alle Nicht-Hindus. Die drei oberen Kasten werden gesellschaftlich höher gestellt, weil sie durch nur für sie zugängliche brahmanische Riten eine zweite, rituelle „Geburt“ erfahren (Jürgenmeyer S. 30).

Jede Hauptkaste (indisch: *varna*) besteht aus einer Vielzahl aus Unterklassen (indisch: *jati*), insgesamt über 8000 (Jürgenmeyer S. 25). Das soziale Leben in Indien spielt sich hauptsächlich in den Grenzen einer *jati* ab. Auch heute noch wird fast nur innerhalb einer *jati* geheiratet, vor allem, weil die Familien zueinander passen müssen. Eine *jati* ist eine soziale Gruppe, die vor allem durch die Berufstätigkeit der Familie bestimmt wird und die einen bestimmten Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie einnimmt. Dieses System prägt die indische Gesellschaft in allen Lebensbereichen. „Wer in ihm lebt, ist davon abhängig und kann nicht heraus. Die Mobilität der indischen Gesellschaft ist gering. Man braucht die Familie, den Clan, um überleben zu können.“ (Scholz S. 187). Als Konsequenz aus der übermäßig starken Bindung an die eigene Kaste (*jati*) ist anzunehmen, dass die darüber hinaus gehenden Beziehungen um so schwächer sind, dass also die indische Zivilgesellschaft stark segmentiert und zersplittert ist.

Die drei höheren Kasten genießen nicht nur mehr Ansehen, sondern haben auch beträchtliche Vorteile in Beruf und Einkommen: „Noch zu Beginn der 1990er Jahre besetzten Angehörige höherer Kasten, das sind ca. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung, 70 bis 90 Prozent der Posten im öffentlichen Dienst, je nach Region unterschiedlich gewichtet.“ (Scholz S. 186)

Der Glaube an die Wiedergeburt kann die Menschen aus den benachteiligten Kasten hoffen lassen, in einem späteren Leben eine bessere gesellschaftliche Position zu erreichen. Nach der hinduistischen Lehre entscheidet das Karma über die Aussichten, im nächsten Leben mit besseren Chancen auf die Welt zu kommen. Zum einem guten Karma gehören nicht nur die moralisch guten Taten, sondern auch die Befolgung der kastenspezifischen Berufs-, Verhaltens- und Ritualvorstellungen (Jürgenmeyer S. 29). Der Glaube an die Wiedergeburt trägt dazu bei, dass Menschen sich mit ihrem Elend abfinden, anstatt gegen die gesellschaftliche Hierarchie zu rebellieren. Zusammen mit dem Kastenwesen bildet der hinduistische Glaube eine Stütze der autoritären Herrschaft einer Minderheit.

Indien ist ein Land mit großer Bevölkerungszahl und Fläche, aber auch mit sehr großen Unterschieden zwischen den verschiedenen Regionen, sogar in Sprache und Schrift. Auch die staatlichen Strukturen waren früher sehr uneinheitlich, auch

während der Kolonialzeit. Erst mit der Unabhängigkeit 1947 gab es die Chance, einen einheitlichen zentralen Staatsapparat für Indien aufzubauen. Damals begann die indische Regierung, große Staatsunternehmen im Bereich der Grundstoff- und Schwerindustrie aufzubauen, um auch wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen. Auch im Handel und in der Finanzwirtschaft wurden Unternehmen verstaatlicht. Für die erste Regierung unter Nehru war die Industrialisierung der Sowjetunion ein Beispiel für eine nachholende industrielle Entwicklung, an deren Erfolgen man sich orientieren konnte und deren Fehlentwicklungen man vermeiden wollte (Zingel, S. 3). Später, seit Ende der 1970er Jahre wurden staatliche Regulierungen teilweise abgebaut. Heute befinden sich in Indien größere Teile der Wirtschaft in staatlichem Eigentum als in den fortgeschrittenen Industriestaaten.

Es gibt heute noch umfangreiche staatliche Gesetze und Regelungen für die Privatwirtschaft. Das Arbeitsrecht bietet weitgehenden Kündigungsschutz in Mittel- und Großbetrieben, d. h. im "organisierten" Sektor. Kleinstfirmen sind davon nicht betroffen, daher gibt es viele Subunternehmer und Leiharbeitsfirmen. Diese "nicht registrierten" Betriebe des "nicht organisierten Sektors" haben jeweils wenige Beschäftigte und einen geringen Umsatz. Sie sind der staatlichen Lenkung und Kontrolle weitgehend entzogen und Teil des "informellen Sektors", der von der amtlichen Statistik mangels Berichtspflicht mit pauschalen Ansätzen erfasst wird (Zingel S. 5).

Diese Informationen bestätigen also, dass der indische Staat maßgeblich die Wirtschaft steuert im Einvernehmen mit den etablierten großen Unternehmen. Man kann also durchaus von einem indischen Staatskapitalismus sprechen.

### **Russlands autoritärer Staatskapitalismus**

Das Entstehen eines autoritären Staatskapitalismus in Russland beschreibt Felix Jaitner ausführlich in seinem Buch „Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin“. Jaitner ist Politikwissenschaftler an der Uni Wien.

Gorbatschows Wirtschaftspolitik konnte die ökonomischen Probleme der Sowjetunion nicht lösen. Daher bekamen Vertreter einer radikalen Marktwirtschaft im Sinn der neoliberalen Ökonomen des Westens immer größeren Einfluss, unter anderem Jegor Gajdar und Anatoli Tschubajs. Sie forderten eine umfassende Privatisierung des staatlichen Eigentums. „Anders als etwa in China sollte Privateigentum nicht parallel zum staatlichen Eigentum entstehen. Vielmehr sollte der Staat umfassend und so schnell wie möglich aus dem ökonomischen Prozess verdrängt werden“ (Jaitner S. 35). Das sei aber nur in Russland möglich und nicht in der gesamten Sowjetunion. Damit wurde die Auflösung der Sowjetunion zur Voraussetzung für die Privatisierung der Wirtschaft (S. 36). In diesem Sinne handelte später Boris Jelzin, als 1991 der Putsch einer Gruppe hoher Staats- und Parteifunktionäre gegen Gorbatschow gescheitert war. Jelzin nutzte die Gelegenheit, um Gorbatschow zu entmachten und alle staatlichen Organe der Sowjetunion sich

selbst als dem Präsidenten Russlands zu unterstellen. Außerdem verbot er die KPdSU auf dem Gebiet Russlands (S. 53). Jelzin war bestrebt, die Demokratiebewegung einzudämmen, sich schon früher formiert hatte und sich im Putsch als eigenständiger Akteur behauptet hatte (S. 55). Jelzin suchte das Bündnis mit Teilen des alten Staatsapparats, um seine Pläne durchsetzen zu können. Diese wiederum konnten von einer umfassenden Privatisierung profitieren, z. B. wenn jemand vom staatlich eingesetztem Betriebsdirektor zum eigenverantwortlichen Unternehmer wurde. Da man wegen des Zerfalls der alten Machtstrukturen nicht mehr über das staatliche Eigentum verfügen konnte, war es vorteilhafter, es untereinander aufzuteilen. So geschah es dann auch in der Folgezeit in Russland nach der Auflösung der Sowjetunion.

Die radikale Privatisierung führte zu einer Hyperinflation (über 800 % in 1992 und über 300 % in 1993). Nach der Aufhebung des staatlichen Monopols auf den Außenhandel konnten viele russische Unternehmen nicht mit ausländischen Firmen konkurrieren, vor allem in der Konsumgüterindustrie und im Maschinenbau (S. 64). Die Bevölkerung verarmte, die Lebenserwartung ging zurück (S. 74), und auch das Bruttoinlandsprodukt sank dramatisch ab. Auf der anderen Seite wurden Reichtümer angehäuft bei den Gewinnern der Privatisierung, besonders bei den „Oligarchen“, die als Chefs besonders großer und wichtiger Unternehmen auch die Politik beeinflussen konnten.

Die Mehrheit des Parlaments kritisierte ab 1992 die schlimmen Folgen der ökonomischen „Schocktherapie“ und forderte eine stärkere soziale Ausrichtung der Wirtschaft (S. 88). Deshalb blockierte sie einige von Jelzins Gesetzesvorhaben und stoppte dadurch die Fortführung seiner Politik. Jelzin löste im September 1993 das Parlament auf, was gesetzwidrig war. Als Anhänger der Opposition das Parlamentsgebäude besetzten, ließ Jelzin es durch die Armee beschießen, dann kapitulierte das Parlament. Die oppositionellen Parteien wurden vor den später abgehaltenen Neuwahlen systematisch benachteiligt, Jelzins Anhänger konnten eine sichere Mehrheit erreichen. Jelzin ließ anschließend das Volk über eine neue Verfassung abstimmen, die die Macht des Parlaments weiter zugunsten des Präsidenten einschränkte.

Die westlichen Regierungen haben es damals unterlassen, den Abbau der Demokratie in Russland zu kritisieren. Jelzin konnte ungestört ein autoritäres Gesellschaftssystem installieren, auch mit Unterstützung der Oligarchen. Unter Putin wurde das System konsolidiert und dabei die Rolle des Staats gegenüber der Privatwirtschaft gestärkt. „Die Rückkehr des Staates als zentraler gesellschaftlicher Akteur, der wirtschaftliche Prozesse reguliert und selber durch Firmenbeteiligungen an dem ressourcenextraktivistischen Modell gebunden ist, begründet eine autoritäre Entwicklungsstrategie. Diese steht für eine verstärkte Kontrolle des politischen Systems und der Zivilgesellschaft.“ (Jaitner S. 159)

Die Wirtschaft Russlands wird von großen Konzernen bestimmt, die eng mit der

Regierung zusammen arbeiten. „Seit den frühen 1990er Jahren sind die Säulen der Wirtschaft die Rohstofferschließung und -verarbeitung (Erdöl, Erdgas, Aluminium, Metallurgie, Energie), Banken, der militärisch-industrielle Komplex (insbesondere der Waffenexport) sowie der Verkauf von Atomtechnologie.“ (S. 83)

Energieträger wie Öl und Gas machen knapp 70% des Exports aus. Hinzu kommen noch Kohle, Metalle und andere Bodenschätze mit über 10% (S. 83). Daher wird die russische Wirtschaft laut Jaitner stark von einem Ressourcenextraktivismus geprägt, auch wenn dieser Begriff im Allgemeinen eher für lateinamerikanische Staaten verwendet wird (S. 84). Im Gegensatz zu diesen verfügt Russland seit der Sowjetzeit über eine verarbeitende Industrie, auch wenn diese nur in wenigen Bereichen (Raumfahrt, Militär- und Nukleartechnologie) international konkurrenzfähig ist (S. 85).

Die Fokussierung auf den Ressourcenabbau hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter verstärkt und behindert Innovationen und Weiterentwicklungen in anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen. Eine Änderung dieses Kurses ist nicht zu erwarten, denn der Staat und die nationalen Unternehmen profitieren von diesem Modell und verhindern durch ihre autoritäre Herrschaft, dass es in Frage gestellt wird (S. 86).

Jaitner meint, dass auch die oppositionellen Strömungen keinen Wandel herbeiführen können. Die russischen Liberalen halten daran fest, dass Privateigentum und Kapitalismus eine Voraussetzung für die Demokratie seien. „Die russische Linke ist gespalten in eine weitgehend institutionalisierte, nationalistische und z. T. antisemitische KPRF und verschiedene kleine Parteien und Bewegungen. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in den 1990er Jahren oder kritische Analysen zur Sowjetunion gibt es kaum.“ (S. 163)

## **Literatur:**

Tobias ten Brink, Blinde Flecken – Zur makrosoziologischen Analyse nicht-liberaler Kapitalismen im globalen Süden, in: Heinz Bude, Philipp Staab [Hg.], Kapitalismus und Ungleichheit. Die neuen Verwerfungen, Campus Verlag Frankfurt 2016.

Clemens Jürgenmeyer und Jakob Rösel, Das Kastensystem in: Der Bürger im Staat, 48.Jg. Heft 1, 1998, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Werner Scholz, Hinduismus, DuMont Buchverlag Köln 2008.

Wolfgang-Peter Zingel, Wirtschaftssystem und wirtschaftliche Entwicklung in Indien, veröffentlicht unter der Creative Commons Lizenz by-nc-nd/3.0/ Autor: Dr. Wolfgang-Peter Zingel für bpb.de, 7.4.2014



Felix Jaitner, Einführung des Kapitalismus in Russland. Von Gorbatschow zu Putin,  
VSA-Verlag Hamburg 2014.